

GASTKOMMENTAR

Was ist an einem Philosophen-Präsidenten auszusetzen?



HANS KRIBBE

Überlebensgroße Staatsleute waren in Brüssel noch nie willkommen. Charles de Gaulle, französischer Präsident von 1959 bis 1969, sehnte sich nach einem Europa der starken Staatsmänner, zu denen er sich selbst zählte. Deutschland und die kleineren Gründungsmitglieder der EU bevorzugten jedoch ein anderes Europa, ein Europa der Anwälte und Bürokraten. Meistens haben sie ihren Willen durchgesetzt.

In Brüssel werden aufflammende politische Visionen in Regeln erstickt, je prosaischer, desto besser: die Form von Brötchen, der Inhalt von Schokoriegeln, die Speicherung von Cookies auf Webbrowsern. Wenn Europa bis vor Kurzem Führung brauchte, dann wurde die von der Air Force One eingeflogen.

Es ist dieses Erbe, das Emmanuel Macron heimsucht. Er nennt sich selbst „für Stürme gemacht“ – geboren, um Europa vor der Katastrophe zu retten. Er sehnt sich nach heimischer statt fremder Staatsführung, nach einem Europa, das stark und souverän ist, nach einem Global Player, dem niemand in die Quere zu kommen wagt.

Doch Macrons „souveränistische“ Bestrebungen stoßen sich an Europas Selbstverständnis als regelbeherrschte Bürokratie. Er verärgert die Atlantiker, die den Untergang der Nato befürchten. Er beleidigt diejenigen, die Russland draußen und die Türkei drinnen halten wollen. Trumps Erfolg hat Macron Glaubwürdigkeit verliehen. Doch Trump ist nun schon so gut wie weg.

„Was vor 75 Jahren galt, gilt auch heute noch“, schrieben die Außenminister der Benelux-Staaten vor Kurzem in einem gemeinsamen Artikel. „Amerikanische Führung ist notwendig, um alle aktuellen geopolitischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen.“ Annegret Kramp-Karrenbauer, deutsche Verteidigungsministerin, stimmt dem zu. Merkels einstige Nachfolgerin argumentierte letzten Monat, dass „Illusionen über europäische strategische Autonomie ein Ende haben müssen“.

”

MACRONS
GROSSE IDEE IST
NICHT, DASS
EUROPA
SOVERÄN IST;
SONDERN DASS
EUROPA
SOVERÄN
WERDEN MUSS.
DAS IST WEDER
EIN TRAUM NOCH
EINE ILLUSION

Ihre frühere Mentorin sprach wortgewaltig davon, dass Europa sein Schicksal selbst in die Hand nehmen müsse. Annegret Kramp-Karrenbauers Mantra lautet: Soll das ein Witz sein? Lasst uns in unsere Komfortzone zurückkehren: in das Europa der Regeln und der Anwälte. POTUS, der Präsident der Vereinigten Staaten, wird sich um den Rest kümmern. Aber wenn die eingefahrenen Gleise der neue Masterplan Europas sind,

ist es nicht wahrscheinlich, dass er erfolgreich sein wird. Der Glaube, dass das, was in der Vergangenheit funktioniert hat, auch in der Zukunft funktionieren wird, bekommt immer frühen Applaus. Er bietet den einfachsten und billigsten Weg nach vorn. Aber das hat noch nie automatisch geheißen, dass ein solcher Glaube richtig ist.

Macron, der Hegel zitierende Visionär, hat sich vieler Sünden schuldig gemacht: intellektuelle Eitelkeit, ein zu großer Vorsprung vor der Truppe, Hybris. Die Nato als hirntot zu bezeichnen war nicht klug. Sicherlich hat Macron zu wenig getan, um andere hinter seinen Plänen zu versammeln, vor allem in Ost- und Mitteleuropa. Aber diejenigen, die den Status quo propagieren, wie Annegret Kramp-Karrenbauer, machen sich des Gegenteils schuldig. Sie fahren in alten Spuren und begreifen nicht, dass die Geschichte nicht stillsteht, sondern nach 75 Jahren Anpassung und Innovation verlangt. Wenn Macron Europas „Chefdenker“ ist, wie ihn seine Kritiker nennen, dann spricht Kramp-Karrenbauer für die Rolle des „Chefzauderers“ Europas vor.

In einer Sache sollten sich beide einig sein: Europa kann in seinem jetzigen Zustand nicht auf die Führung und Macht der USA verzichten. Die Vorstellung, dass es das kann, ist so offensichtlich falsch, dass sie keine Debatte verdient. Man denke nur an die Abhängigkeit Europas von Amerikas nuklearem Schutzschirm oder daran, wie hilflos es in Syrien, Libyen und Bergkarabach agiert hat.

Was auf dem Spiel steht, ist jedoch die Zukunft. Macrons große Idee ist nicht, dass Europa souverän ist; sondern dass Europa souverän werden muss. Das ist weder ein Traum noch eine Illusion; es ist ein strategisches Ziel und eine Notwendigkeit. Niemand schlägt vor, dass sich die Nato morgen oder überhaupt jemals auflöst; aber Europa muss sich auf eine Zeit vorbereiten, in der die USA nicht mehr willens oder in der Lage sind, die Führung zu übernehmen, oder dies auf eine Art und Weise tun, die den Europäern nicht gefällt.

Ein kurzer Blick auf die US-Politik sollte genügen, um zu verstehen, dass dies keine müßige Theorienbildung ist. Was wird Europa tun, wenn die USA es eines Tages loslassen? Kramp-Karrenbauers Antwort ist, dass das nicht passieren wird. „Amerika braucht Europa“, behauptet sie. Niemals wird es den Kontinent in Stich lassen. Man fragt sich, welchen besonderen Einblick in die US-Politik Macrons Kritiker besitzen, um zu empfehlen, Europas Sicherheit auf Amerikas vierjährigen Wahlzyklus zu setzen. In der jüngsten Vergangenheit glich das einem russischen Roulette. Natürlich beteuert auch Kramp-Karrenbauer, dass die Europäer „viel mehr ausgeben und tun müssen, um den Frieden zu bewahren“. Aber das riecht und schmeckt nach einer Floskel. Was genau schlägt sie oder Deutschland vor? Finanziell sei es „sehr schwierig“, warnt Kramp-Karrenbauer und zerschlägt damit eine weitere Illusion. Erwarten Sie keine Geldwunder aus Berlin.

Mit Donald Trump ist Europa ins kalte Wasser gesprungen und hat nach Luft geschnappt. Joe Biden hat ihm nun eine Rettungsleine zugeworfen, ein Intermezzo transatlantischer Ruhe in ansonsten kabbelliger See. Die EU sollte sie nutzen, um das Europa der Regeln der letzten 75 Jahre mit dem Europa der führenden Köpfe zu versöhnen, das es in den nächsten 75 Jahren sein muss. Vier Jahre vergehen wie im Flug. Vorstellungskraft, nicht Zaudern, ist das, was der Kontinent braucht.

■ Der Autor ist Verfasser des Buches *The Strongmen* (Agenda Publishing, 2020) und Mitbegründer von Shearwater Global

ESSAY

Wer das Rentenalter in Südeuropa nicht hinterfragt,

schwächt den ganzen Kontinent

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (GDU) griff im vergangenen Mai zum großen Pathos, um für ihr Vorhaben zu werben: „Ja, die Auswirkungen der Krise sind so schwer, dass wir jetzt Investitionen in noch nie dagewesenem Ausmaß tätigen müssen. Gerade deswegen müssen wir sie so ausrichten, dass Europas nächste Generation dann auch die Früchte ernten können wird“, sagte sie vor dem Europäischen Parlament.

Das wahrlich historische Projekt, von dem von der Leyen sprach, war der Wiederaufbaufonds, ein 750-Milliarden-Euro-Hilfsprogramm zur Bewältigung der Schäden und Folgen aus der Corona-Pandemie, die in der ersten Welle vor allem die europäischen Südländer schwer getroffen hatte – finanziert aus erstmals gemeinsam von der EU aufgenommenen Krediten. Deutschland zahlt gemäß seines Anteils am EU-Haushalt 202,5 Milliarden Euro ein und wird damit wohl mehr als 50 Milliarden Euro mehr zur Finanzierung der EU-Hilfen beisteuern, als es aus dem Paket erhält.

Der Wiederaufbaufonds ist ohnehin umstritten. Kritiker sehen darin den endgültigen Einstieg in eine Transfer- und Schuldenunion, einen Zustand, den die EU-Verträge ausdrücklich ausschließen. Dabei war die Nichtbeistandsklausel schon in der Euro-Krise durch den Rettungsschirm ESM stark aufgeweicht worden. Die Südländer müssen deshalb nun ein Zeichen setzen, dass sie das Geld auch tatsächlich in die nächste Generation von Europäern investieren und nicht für weitere soziale Wohltaten ausgeben. Dazu gehört, dass das Renteneintrittsalter endlich in ganz Europa angeglichen wird.

Die rote Linie zu gemeinsamer Haftung nun noch weiter zu verschieben, mag angesichts der Wucht der für die jüngere Zeit beispiellosen Pandemie als absolute Ausnahme noch vertretbar sein. Dann nämlich, wenn das von der EU aufgenommene Geld, wie von der Kommissionspräsidentin proklamiert, tatsächlich in Investitionen flösse, deren Früchte die „Next Generation EU“ – so heißt schließlich das Schuldenprojekt – ernten kann. Digitalisierung, Bildung, Klimawandel: Die Felder, auf denen es im globalen Wettbewerb Rückstände aufzuholen gäbe, sind für Europa ja inzwischen zahlreich vorhanden.

Doch es wird immer klarer, dass die Sonntagsredner aus Brüssel – denen sich auch so manche aus Berlin inhaltlich immer weiter annähern – nicht halten, was sie versprechen. Davon, was Italien oder Spanien als Hauptempfänger der Hilfen aus dem Wiederaufbaufonds Zukunftsträchtiges mit den Geldern anfangen wollen, hört man bisher eher wenig. Eines der Projekte sieht immerhin vor, dass Italiens Hausbesitzer sich jetzt kostenlos Photovoltaikanlagen aufs Dach bauen lassen können.

An sonstigen Ideen für die Verwendung des Geldes mangelt es freilich nicht, vor allem wenn es ums Soziale geht. Die neue Finanzierungsquelle bietet weiteren Spielraum, um die Haushalte der Mitgliedsländer nach innenpolitischen Prioritäten aus-

Deutschland zahlt Milliarden für den EU-Wiederaufbaufonds. Mit dem Geld soll in die Zukunft Europas investiert werden. Doch gleichzeitig liegt das Renteneintrittsalter vor allem in Südeuropa unter dem hiesigen. Darüber muss dringend diskutiert werden

zurichten. Das weckt Begehrlichkeiten. Spaniens Arbeitsministerium prüft bereits die Einführung einer Vier-Tage-Woche, und Italiens Außenminister Luigi di Maio kann sich auch allerlei Wohltaten vorstellen, in die die Milliarden aus dem Fonds fließen könnten.

Angesichts der neuerlichen Wucht der Verschuldung – und der zunehmend dringlichen Frage, wer dafür aufkommen soll – gerät aber jetzt auch ein grundsätzliches Thema zurück auf die Agenda, das schon seit Jahren meist abseits des Diskurses schwelt: Es geht um die EU-weiten Unterschiede beim Renteneintrittsalter und der Höhe der Altersbezüge im Verhältnis zu den Löhnen.

In Frankreich beziehen Männer ihr Altersgeld im Schnitt 22,7 Jahre lang, Frauen kommen sogar auf 26,9 Jahre. Auch in Griechenland, Italien und Spanien dauert der Ruhestand ungewöhnlich lange, wie Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen. In all diesen Staaten sind die Männer rund 21 Jahre in Rente, die Frauen bekommen ihre Altersbezüge im Durchschnitt mehr als ein Vierteljahrhundert lang.

Deutschlands Werte liegen dagegen lediglich bei 19,1 bzw. 22,5 Jahren. Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU hat recht: Es ist kaum vermittelbar gegenüber Arbeitnehmern in Ländern wie Deutschland oder Schweden, dass sie Länder wie Italien und Spanien unterstützen, aber bei der Rente deutlich schlechter gestellt werden.

Die Scheu der Regierungen in den Südländern, die Rentensysteme endlich an die demografischen Begebenheiten anzupassen, wie es selbst in Deutschland noch nicht in ausreichendem Maß geschieht, wird auch damit begründet, populistische Bewegungen nur so kleinhalten zu können. Doch mit diesem Argument lässt sich die Liste der einzufordernden sozialpolitischen Begehrlichkeiten ins Endlose verlängern.

Wer selbst oder über seine Kinder und Enkel dazu ausersehen ist, in diesem ungeheuren ökonomischen Abenteuer – und davon ist ja der Wiederaufbaufonds nur ein kleiner Teil – zu den Nettozahlern zu gehören und für das große Ganze zu haften, dem muss eine Frage gestattet sein: Wie will man ihn für eine europäische Solidarität gewinnen, die sich knallhart in Euro und Cent bemisst, wenn nicht zuallererst aus den Südländern der Wille zur Anpassung der Rentenbedingungen signalisiert wird – als kleines Zeichen, dass man bereit ist, den Kahn gemeinsam wieder flottzumachen und der „Next Generation EU“ wirklich eine Rendite aus dem Fonds in Aussicht zu stellen?

Die Frage ist legitim, sie gehört gestellt und öffentlich diskutiert. Wer sie als europafeindlich diskreditiert, die Debatte darüber abwehrt, weil sie den Falschen in die Hände spiele, der erweist dem Wunsch nach einem solidarischen Europa, das gemeinsam und friedlich darüber abwehrt, seiner Dauerkrise Herr zu werden, einen Bärendienst. Den Populismus, den man zu bekämpfen vorgibt, macht man damit nur stärker.

MICHAEL HÖFLING

